



Erschienen am: 20.02.2007

Planungsspannen bei der Erlenmatt

PATRICK MARCOLLI, CHRISTIAN MENSCH

Das neue Stadtquartier kostet die Stadt Basel deutlich mehr als geplant. Die Mehrkosten hat zu einem rechten Teil das Baudepartement zu verantworten.

Ein schönes Nullsummenspiel hätte die Erlenmatt für Basel werden sollen: Ausgaben von sechzig Millionen hätten Einnahmen von sechzig Millionen aus dem Mehrwertfonds gegenübergestanden. Unter dieser Voraussetzung sagten Volk und Parlament 2004 Ja zum neuen Stadtquartier auf dem Areal des ehemaligen DB-Güterbahnhofs. Doch nun muss der Kanton zwanzig Millionen Franken mehr aufwenden.

Rückblickend erhält der Volksentscheid einen faden Beigeschmack. Was die Regierung schon seit August 2006 weiss, wird nun mit dem vorliegenden Ratschlag an den Grossen Rat klar: Das Baudepartement hätte die Investitionen schon 2003 mit deutlich mehr als den damals aufgeführten 58 Millionen Franken beziffern müssen:

>Der «Anschluss Nord» der Erlenmatt kann nicht über das Nationalstrassenbudget finanziert werden. Es habe sich herausgestellt, dass er vor allem dem Lokalverkehr die-ne, sagt Baudirektorin Barbara Schneider. Mehrkosten: 3,6 Millionen Franken.

>Beim «Anschluss Südost» (Ecke Erlenstrasse/Schwarzwaldallee) habe die Planung zutage gebracht, dass er mit einer Lichtsignalanlage gesteuert werden muss. Mehrkosten: 1,8 Millionen Franken.

>Bei der Schätzung der Strassenkosten auf der Erlenmatt ist das Baudepartement von Ansätzen ausgegangen, die für eine Strassenerneuerung, aber nicht für den Neubau von Strassen gelten. «Ein klarer Fehler», sagt Schneider. Mehrkosten: 2,2 Millionen Franken.

>Fassade und Dachhaut des «Erlkönig», den die Stadt übernimmt, müssen saniert werden. Mehrkosten: 0,4 Millionen Franken.

>Die Bodenreinigung von Landflächen, die der Kanton von der Grundbesitzerin Vivico AG kostenlos übernimmt, wurden im ersten Ratschlag 2004 nicht ausgewiesen. Mehrkosten: 0,5 Millionen Franken.

>Die Arealentwicklung könne «nicht ohne umfassende Öffentlichkeitsarbeit» bewältigt werden. Darunter soll auch ein spezielles Info-Tram zählen. Mehrkosten: 0,5 Millionen Franken.

>Nicht in der Verantwortung des Baudepartements liegen Zusatzanforderungen an das Schulhaus, die durch die geplante Schulreform bedingt sind. Mehrkosten: 2 Millionen Franken.

>Als Hauptgrund für die Kostensteigerung nennt das Departement aber eine Teuerung von dreissig Prozent im Tiefbau, die nicht vorhersehbar gewesen sei. Mehrkosten: 9 Millionen Franken. Der Baumeisterverband bestätigt Teuerungssprünge im Bausektor. Für genaue Werte verweist er jedoch auf den Schweizerischen Baupreisindex. Dieser zeigt für den Tiefbau in der Nordwestschweiz zwischen Oktober 2003 und April 2006 lediglich eine Steigerung von 95,9 auf 104,1 Indexpunkten. Das Baudepartement wollte auf diese Diskrepanz nicht eingehen.

Barbara Schneider sagt, es gebe keine Referenzprojekte für den Bau eines neuen Quartiers. «Ich stehe dazu, dass das nicht kostenlos zu haben ist.» > SEITE 2

© 2007 National Zeitung und Basler Nachrichten AG

über das Dreiland

Erschienen am: 20.02.2007

tageskommentar



Fantastisches Zahlenwerk

CHRISTIAN MENSCH

Die Basler Regierung hat sich um eine Kleinigkeit verschätzt: Statt 59 Millionen Franken kostet die Erlenmatt 79 Millionen Franken. Die Rechnung wurde erstellt, als die Baukosten im Keller lagen. Heute boomt die Branche, was die Kosten in die Höhe treibt. Das Praktische am ungeschickten Timing: Die Regierung glaubt damit, knapp die Hälfte der Mehrkosten nicht selbst verantworten zu müssen.

Die Frage ist allerdings, für wie naiv die Autoren des regierungsrätlichen Ratschlags Parlament und Bevölkerung halten. Aus dem Schweizer Baupreisindex geht klar hervor, dass die Steigerung in den vergangenen drei Jahren schweizweit lediglich 9,8 auf 119,8 Indexpunkte betrug; in der Nordwestschweiz ist der Anstieg sogar noch leicht geringer. Daran ändern auch Grossprojekte wie die Nordtangente wenig. Das heisst, die Regierung verkauft als Erlenmatt-

Teuerung, was in Wahrheit wohl Projektänderungen sind.

Wer bedenkt, dass mit einer Ausnahme die restlichen Mehrkosten auf ungenauer Projektarbeit beruhen, kann sich weiter fragen, was die Zahlenwerke eigentlich wert sind, die von der Regierung in hoher Regelmässigkeit in die politische Debatte geworfen werden.

Mit dem neuesten Ratschlag zur Erlenmatt unterläuft die Regierung ihre eigene Glaubwürdigkeit auf gravierende Weise. Diese Glaubwürdigkeit darf sich gerade nicht daran messen, dass ihren Zahlenwerken blind gefolgt wird, sondern dass diese sich auch nach erster und zweiter Prüfung als korrekt und richtig erweisen. Und wer - das ist die zentrale Frage - übernimmt nun die politische Verantwortung für die Differenz von zwanzig Millionen Franken?

christian.mensch@baz.ch

© 2007 National Zeitung und Basler Nachrichten AG



Erschienen am: 21.02.2007

Erlenmatt löst Nachbeben aus

CHRISTIAN MENSCH, PATRICK MARCOLLI

Der politische Druck auf das Baudepartement wächst: Politiker von links wie rechts fordern Klarheit darüber, weshalb die erste Kostenangabe massiv überschritten wurde.

«20 Millionen Franken mehr - das ist prozentual wie absolut eine massive Kostenüberschreitung.» Baschi Dürr (FDP), Präsident der grossrätlichen Finanzkommission, braucht deutliche Worte. Statt der im Abstimmungskampf um das neue Stadtquartier ausgewiesenen Kosten von 58 Millionen Franken wird die Stadt nun 78 Millionen Franken ins neue Stadtquartier investieren müssen. Dies sei zwar «nicht per se ein Skandal», sagt Dürr. Denn die Kosten im Tiefbau hätten sich zwischen 2003 und 2006 klar erhöht. Doch bei einem solch grossen Betrag könne man nicht einfach so darüber hinweggehen. Deshalb werde sich die Finanzkommission nun ebenfalls mit dem Erlenmatt-Ratschlag beschäftigen. Gerade bei so heiklen und grossen Geschäften sei es wichtig, dass das Parlament sich auf die präzise Arbeit der Spezialisten in den Departementen verlassen könne, sagt Dürr. Das Baudepartement hatte erklärt, elf Millionen Franken Mehrkosten seien mit Projektänderungen, aber auch mit Fehlern in der Projektplanung zu erklären. Neun Millionen Franken seien bedingt durch eine Teuerung im Tiefbau von dreissig Prozent. In der gleichen Zeitperiode stieg der Baupreisindex des Bundesamts für Statistik in der Nordwestschweiz allerdings nur um knapp zehn Indexpunkte. Umgerechnet auf die Tiefbaukosten im Erlenmattprojekt wären damit Mehrkosten von gut drei Millionen Franken erklärt.

VERTRAUEN ERSCHÜTTERT. Der Ratschlag der Regierung offenbart weitere Finanzeckdaten, die bisher nicht bekannt waren. So soll die Erschliessung des neuen Stadtquartiers durch den öffentlichen Verkehr mit 34 Millionen Franken zu Buche schlagen. Die Werkleitungen der IWB für Hausanschlüsse und für Parkanlagen werden voraussichtlich 14 Millionen Franken kosten. Diese Infrastrukturausgaben würden jedoch durch die IWB finanziert und mittels Abgaben und Gebühren refinanziert, schreibt die Regierung.


Das Vertrauen in regierungsrätliche Prognosen ist nach den aktuellen Kostenüberschreitungen erschüttert. FDP-Präsident Daniel Stolz sagt: «Wer politisch dafür die Verantwortung trägt ist klar: die zuständige Regierungsrätin.» > SEITE 11

© 2007 National Zeitung und Basler Nachrichten AG

Erschienen am: 21.02.2007

Erlenmatt erhitzt Gemüter: genauere Zahlen gefordert



 Zukunftsmusik. So sieht der Ratschlag die Gestaltung der Grünanlagen in der künftigen Erlenmatt vor.

PATRICK MARCOLLI, CHRISTIAN MENSCH

Die Kostensteigerung um zwanzig Millionen Franken für das Erlenmatt-Projekt kommt für die Politiker unerwartet. Sie fürchten einen Vertrauensverlust.

Andreas C. Albrecht klingt frustriert. Als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission (BRK) ist der liberale Grossrat für die Erlenmattüberbauung eingetreten. Mit der Kostenüberschreitung von 34 Prozent erweise das Baudepartement «einer guten Sache einen schlechten Dienst». Daniel Stolz, Präsident der Basler FDP, ergänzt: «Solche Vorgänge führen zu einem immer stärkeren Vertrauensverlust der Öffentlichkeit gegenüber der Verwaltung, aber auch gegenüber der Politik.»

Der Ärger über die vorfasnächtliche Hiobsbotschaft aus dem Baudepartement wogt von links bis rechts. Der Frage nach den Verantwortlichen folgen gleichermassen die Forderungen nach vertrauensbildenden Massnahmen.

AUSREDE. Unerklärlich bleibt für viele Parlamentarier, weshalb das Baudepartement in seinem Ratschlag für die erste Bauetappe eine Teuerung im Tiefbau von dreissig Prozent ausweist. Ein solcher Kostensprung im Baugewerbe sei nur nach einem Erdbeben nachvollziehbar, spottet LDP-Grossrat und Baumeister Theo Seckinger. Der Architekt Markus G. Ritter (FDP), der für die BRK das Geschäft vorbereitet hatte, meint: «Die ausgewiesene Teuerung klingt nach einer Entschuldigung.» Er fürchte, das Baudepartement habe versucht, möglichst viele Wünsche des Quartiers zu berücksichtigen. Doch «jede Planungsänderung führt zu einer

Verteuerung».

Grossrätin Patrizia Bernasconi, (Grünes Bündnis), Mitglied der BRK wie auch der Verkehrskommission (Uvek), sagt, das Baudepartement müsse nun erklären, wie es zu dieser massiven Kostenüberschreitung kommen konnte. «Schliesslich arbeitet man dort nicht erst seit gestern an der Vorlage.» Man müsse sich aber auch fragen, wie genau ein Ratschlag bei grossen Vorhaben überhaupt sein könne.

UNGENAU. Ritter meint, die Subkommission der BRK habe die Angaben des Departementes nur summarisch prüfen können. «Alles andere ist für ein Milizgremium gar nicht möglich.» BRK-Präsident Albrecht ergänzt: «Die Kommission muss davon ausgehen, dass die Kostenprognosen korrekt sind.» Ob die der Regierung bereits seit August 2006 bekannten höheren Kosten plausibel seien, müsse nun die Uvek prüfen; diese hat sich als nächste Kommission über das Dossier zu beugen.

Daniel Stolz stellt in einer Interpellation einen konkreten Vorschlag zur Diskussion: Er fragt die Regierung an, ob bei Projekten von einer gewissen Grösse künftig nicht mit Szenarien gearbeitet werden könne. Neben dem geplanten Szenario, über das der Grosse Rat beschliesst, müssten demnach auch realistisch-optimistische und realistisch-pessimistische Prognosen aufgeführt werden. Damit, so Stolz, könnten bestehende Planungsunsicherheiten gegenüber dem Grossen Rat aber auch gegenüber der Öffentlichkeit transparenter gemacht werden.

Fernand Gerspach, CVP, will jedoch nicht glauben, dass nur ungenaue Prognosen zur Differenz geführt haben: «Wenn die ursprünglichen Zahlen nicht stimmen, dann wurden die Hausaufgaben nicht gemacht.» Andreas Ungricht, SVP, meint: «Es wurde offensichtlich nicht sauber abgeklärt -ob aus bösem Willen oder nicht, kann ich nicht beurteilen.» In einer Interpellation fragt er die Regierung: «Kann man sagen, dass die Stimmbürger vor der Abstimmung absichtlich mit falschen Angaben informiert wurden?»

Der Druck auf die Baudirektorin wächst. «Barbara Schneider muss aufpassen: Das Parlament will verlässliche Zahlen», sagt Patrizia Bernasconi. «Die Regierungsrätin muss sich vor dem Grossen Rat gut erklären», meint Theo Seckinger. «Die Frage nach der politischen Verantwortung wird bei den nächsten Wahlen diskutiert», verspricht Andreas Albrecht.

MEHR PR. «Mir geht es nicht um den Kopf von Barbara Schneider», sagt Daniel Stolz. Bei künftigen grossen Vorhaben des Kantons müsse das Vertrauen in die regierungsrätlichen Vorlagen und Berechnungen aber gewährleistet sein. Patrizia Bernasconi fordert: «Das Baudepartement muss nun auch für den Steuerzahler vertrauensbildende Massnahmen ergreifen.»

Einen ersten Schritt in diese Richtung ist schon getan. Die Regierung schreibt in ihrem Erlenmatt-Ratschlag: «Ohne umfassende Öffentlichkeitsarbeit kann eine so dynamische wie komplexe Arealentwicklung nicht bewältigt werden.» Von den zwanzig Millionen Mehrkosten sind 500000 Franken dafür reserviert.

© 2007 National Zeitung und Basler Nachrichten AG